



**STÄDTEBAU-
FÖRDERUNG**

von Bund, Ländern und
Gemeinden

Dokumentation der Transferwerkstatt
**„Lebenswerte Zentren in kleineren
Städten und Gemeinden“**

14./15. Mai 2013, Jüterbog und Dahme/Mark
Mönchenkloster Jüterbog, Kulturherberge Dahme



Die dritte Transferwerkstatt im Städtebauförderprogramm „Kleinere Städte und Gemeinden – überörtliche Zusammenarbeit und Netzwerke“ fand am 14. und 15. Mai 2013 in Jüterbog und Dahme/Mark in Brandenburg statt. Die Teilnehmerinnen und Teilnehmer tauschten sich zu Strategien der Innenentwicklung und Infrastrukturanpassung in kleineren Städten und Gemeinden unter Schrumpfungsbedingungen aus. Die Veranstaltung bot den Programmkommunen Raum, ihre Erfahrungen und programmspezifischen Anliegen einzubringen sowie Fragen der Programmumsetzung zu diskutieren. Eine Posterausstellung zeigte gute Beispiele der Programmumsetzung auf.

Vor allem in dünn besiedelten, von demografischen und wirtschaftlichen Strukturveränderungen gekennzeichneten Räumen sind lebendige und funktionsgemischte Kerne wichtige, Identität stiftende Ankerpunkte in der Region. In vielen Programmkommunen und Kooperationen sind Innenentwicklung und die damit verbundene Auseinandersetzung mit dem Bestand von großer Bedeutung. Durch die Konzentration von Nutzungen und die Aufwertung der öffentlichen Räume in diesen Bereichen wird die Funktionsvielfalt erhöht, was zur Belebung und

Steigerung ihrer Attraktivität als Wohn- und Wirtschaftsstandort beiträgt.

Entscheidend ist, Angebote der öffentlichen Daseinsvorsorge in den Ortskernen weiter zu entwickeln und an die veränderten Rahmenbedingungen anzupassen, um die Attraktivität und Lebensqualität der Kommunen zu stärken. Vielerorts ist die Umstrukturierung von Infrastruktureinrichtungen Anlass für eine architektonische und bauliche Aufwertung. Hiervon geht ein wichtiger Impuls zur Aufwertung des Stadt- und Ortsbildes aus. Die Neuausrichtung des Infrastrukturangebots birgt also auch die Chance, qualitative Verbesserungen zu erreichen. Dies erhöht die Akzeptanz der Umstrukturierungen in der Bevölkerung und sichert die Attraktivität der kleineren Städte und Gemeinden.

Die dritte Transferwerkstatt zeigte anhand von Vorträgen und Diskussionen, welche Möglichkeiten die Städte und Gemeinden im Bereich der Innenentwicklung und Infrastrukturanpassung haben. Am ersten Tag wurden nach einem einführenden Vortrag und einem Podiumsgespräch mit Vertretern aus drei Programmkommunen in fünf Runden zu Themen der Innenentwicklung und Infrastrukturanpassung intensive Diskussionen geführt. Die anschließende offene Fragen- und Diskussionsrunde ermöglichte es den Teilnehmerinnen und Teilnehmern, allgemeine Fragen der Programmumsetzung anzubringen.

Am zweiten Tag folgte eine Busrundfahrt durch den gastgebenden Kooperationsraum im Mittelbereich Jüterbog verbunden mit der Besichtigung aktueller Maßnahmen, die mit Hilfe des Programms „Kleinere Städte und Gemeinden“ realisiert werden sollen. Im Anschluss fanden in der Kulturherberge in Dahme/Mark zwei weitere Vorträge zu guten Beispielen der Innenentwicklung und der Öffentlichkeitsarbeit im Programm „Kleinere Städte und Gemeinden“ statt.



Posterausstellung zu Praxisbeispielen im Programm

1. Veranstaltungstag

Der erste Tag der Transferwerkstatt fand im Mönchenkloster in Jüterbog statt. Nach einer kurzen Begrüßung durch die Moderatorin **Katharina Janke** von der Bundestransferstelle eröffnete **Prof. Dr. Hagen Eyink** vom Bundesministerium für Verkehr, Bau und Stadtentwicklung (BMVBS) die Transferwerkstatt. Er betonte den Stellenwert des Städtebauförderungsprogramms „Kleinere Städte und Gemeinden“ für die ländlichen Räume. Viele Kommunen hätten begonnen, auf der Basis gemeinsamer Entwicklungskonzepte erste impulsgebende Maßnahmen umzusetzen. Schon jetzt zeige sich: Die Stärkung der Stadt- und Ortskerne und die Entwicklung der Infrastruktur tragen vielerorts zu einer aktiven Innenentwicklung bei. Die interkommunale Zusammenarbeit der beteiligten Kommunen trage maßgeblich zum Erfolg des Programms bei, welches ein wichtiger Baustein der Initiative Ländliche Infrastruktur des Bundesministeriums sei. Bund und Länder seien sich einig, dass die Stärkung kleinerer Städte und Gemeinden auch in Zukunft ein Schwerpunkt der Städtebauförderung bleiben werde. Dies zeige sich auch darin, dass der finanzielle Handlungsrahmen des Programms mit 55 Millionen Euro im Jahr 2013 deutlich angehoben wurde und voraussichtlich auch im kommenden Jahr noch leicht ansteigen werde.

Im Anschluss begrüßte **Stefan Krapp** vom Ministerium für Infrastruktur und Landwirtschaft des Landes Brandenburg die Teilnehmerinnen und Teilnehmer. Er betonte die Herausforderungen, die in Brandenburg in kleinen Städten und durch die strukturellen Probleme in peripheren Räumen bestünden. Doch trotz des demografischen Wandels, der Wanderungsbewegungen und des Fachkräftemangels sollen die kleinen Städte in Brandenburg als zentrale Anker für die ländlichen Räume gestärkt werden. Das Motto „Stärken stärken“ erfolge durch eine Konzentration auf die vorhandenen Kompetenzen vor Ort. Integrierten Entwicklungskonzepten in den Kommunen komme hierbei eine hohe Bedeutung zu, um Versorgung und Bildung für



Begrüßung durch den Bürgermeister der Stadt Jüterbog Arne Raue

die Bevölkerung zu sichern und Fachkräfte in der Region zu halten.

Anschließend begrüßten der Bürgermeister der Stadt Jüterbog **Arne Raue** und der Amtsdirektor des Amtes Dahme/Mark **Frank Pätzig**, zurzeit Vorsitzender der gastgebenden „Arbeitsgemeinschaft Niederer Fläming“, die Teilnehmerinnen und Teilnehmer der Transferwerkstatt. Arne Raue erläuterte den Prozess der Entwicklung und Modernisierung der Stadt Jüterbog. Dieser lasse sich insbesondere im historischen Stadtkern ablesen, dessen Sanierung im Jahr 1991 begann. Im Rahmen der seit 2010 bestehenden Kooperation AG Niederer Fläming werden schwerpunktmäßig Leuchtturmprojekte (Parkplatz am Bahnhof Jüterbog, Campus der Generationen in Werbing und die Feuerwache in Dahme/Mark) vernetzt, die Infrastruktur erhalten und angepasst sowie die Daseinsvorsorge gesichert. Ziel ist es, die Lebensverhältnisse vor Ort zu verbessern und überregional zu handeln. Zum Tagungsort Mönchenkloster berichtete Arne Raue, das dieses als Gesamtensemble erhalten wurde und dabei zu einem auch in Zukunft tragfähigen Ort für Veranstaltungen, die Stadtinformation, die Stadtbibliothek und ein Museum umgestaltet wurde.

Frank Pätzig schloss seine Begrüßungsworte an und gab einen Überblick über die Entwicklungen im Amt Dahme/Mark sowie des Kooperationsraums. Das Amt Dahme/Mark habe bereits Mittel aus verschiedenen Städtebauförderprogrammen erhalten, zusätzlich zu EU-Mitteln aus dem LEADER Programm. Zu den Eckdaten der Kooperation berichtete er, dass diese insgesamt eine Fläche von 612 m² mit 54 Ortsteilen und ca. 23.000 Einwohnern umfasse. Die Probleme vor Ort seien in erster Linie bedingt durch den demografischen Wandel. Realistisch müsse angenommen werden, dass trotz einer Verlangsamung der Abwanderung, der Bevölkerungsverlust nicht mehr aufgeholt werden könne und der Sterbeüberschuss bestehen bleibe. Ein drastisches Problem im Kooperationsraum sei der Wegfall von Arbeitsplätzen vor allem in der Landwirtschaft und das Fehlen von Facharbeitsplätzen. Die daraus resultierende Überalterung der Bevölkerung mache eine nachhaltige Sicherung der Daseinsvorsorge unabdingbar. Die Hauptziele des gemeinsamen Entwicklungskonzeptes sind somit die Sicherung und Stärkung der Bildung, Mobilität, Wirtschaft und Lebensqualität. Konkrete, bereits realisierte Projekte im Programm „Kleinere Städte und Gemeinden“ sind die energetische Sanierung einer Grundschule im Amt Dahme/Mark und ein Mobilitätskonzept für den gesamten Kooperationsraum. Dieses sieht vor, den ÖPNV zu stärken und durch Rufbusse das Zubringerproblem zu den Hauptlinien zu lösen. Frank Pätzig erläuterte

die von Bürgermeister Arne Raue bereits angesprochenen Leuchtturmprojekte näher. So soll am Bahnhof Jüterbog ein Parkplatz für Pendler ausgebaut werden. Der Campus der Generationen in der Gemeinde Werbig wird eine Grundschule, einen Kindergarten, die Verwaltung, eine Tagespflege und weitere Nutzungen an einem Standort vereinen. Die Feuerwehr von Dahme/Mark soll durch Umnutzung eines leerstehenden ehemaligen Supermarktgebäudes einen neuen Standort erhalten. Für den Erfolg der Kooperation müssten die gemeinschaftlichen Ziele vertreten und umgesetzt werden.

Im Eröffnungsvortrag der Werkstatt erläuterte **Holger Pietschmann** von der Bundestransferstelle den aktuellen Stand der Programmumsetzung. Die Bundestransferstelle ist Mittler zwischen dem Bund, den Ländern und den Programmkommunen und unterstützt gezielt den Wissenstransfer zum Programm. Neben der Beratung von Programmkommunen und der Durchführung von Transferwerkstätten sind Bereisungen der Kooperationsräume und die Aufbereitung von Praxisbeispielen sowie der Wissenstransfer durch Publikationen Aufgabe der Bundestransferstelle. Ein weiterer Baustein ihrer Arbeit ist die Bereitstellung von Informationen rund um das Programm „Kleinere Städte und Gemeinden – überörtliche Zusammenarbeit und Netzwerke“ im Internetportal www.staedtebaufoerderung.info.

Holger Pietschmann stellte die Städtebauförderung als ein zentrales Instrument der Stadtentwicklungspolitik des Bundes und der Länder vor. Es unterstütze die Kommunen bei der Bewältigung der Auswirkungen des demografischen und wirtschaftlichen Wandels. Die Bundesfinanzhilfen (2013: 455 Mio. Euro) werden zu gleichen Teilen durch die Länder und Kommunen kofinanziert. Die Bestimmung, welche Maßnahmen förderfähig seien, erfolge auf Landesebene, woraus auch Unterschiede in der Förderpraxis der einzelnen Länder entstünden. Das im Jahr 2010 aufgelegte Programm „Kleinere Städte



Eröffnungsvortrag von Holger Pietschmann

und Gemeinden“ hatte 2012 bereits 252 Gesamtmaßnahmen mit einer Konzentration in ländlich geprägten Räumen, aber auch an den Rändern verstädterter Regionen. Ziel sei es, die kleinen Städte und Gemeinden als Ankerpunkte der Daseinsvorsorge zu sichern, zentralörtliche Versorgungsfunktionen zu erhalten und die Lebensqualität vor Ort zu sichern. Stadt- und Ortskerne lebenswert zu gestalten ist eines der Handlungsfelder des Programms, welches als Thema der dritten Transferwerkstatt aufgegriffen wurde. Eine besondere Anforderung des Programms bestünde darin, eine Verbindung von Städtebauförderung und Daseinsvorsorge zu schaffen sowie die Städtebauförderung stärker interkommunal auszurichten. Weiter erklärte Herr Pietschmann, dass im Programm zum einen die Vorbereitung städtebaulicher Maßnahmen und zum anderen städtebauliche Investitionen gefördert werden. Er betonte die Wichtigkeit, Arbeitsgrundlagen zu fördern, Leerstand zu bekämpfen und Innenentwicklung in den Kommunen zu betreiben. Die Einrichtung von Verfügungsfonds sei zudem ein Instrument, das von den Kommunen grundsätzlich aufgebaut und eingesetzt werden könnte.

Die Erarbeitung eines gemeinsamen Konzeptes stellte zu Anfang des Programms für viele Programmkommunen eine neue Aufgabe dar. Es brauche Zeit, die lokalen Akteure an einen Tisch zu vereinen, gemeinsame Ziele zu formulieren und kurzfristig konkrete Maßnahmen anzugehen, um Entwicklungsschritte für die Bevölkerung sichtbar zu machen. Heute ließe sich feststellen, dass erste Maßnahmen umgesetzt würden und die intensive Vorbereitungsphase vielerorts in eine Umsetzungsphase überginge. Holger Pietschmann stellte anschließend Praxisbeispiele zur Innenentwicklung aus den Kooperationsräumen vor. Diese verdeutlichten die Vielfalt im Programm und die Möglichkeiten zur Innentwicklung trotz Leerstandsproblematik und Bevölkerungsrückgang. Holger Pietschmann fasste zusammen, dass sich aus allen noch so verschiedenen Ansätzen zur Gestaltung lebenswerter Zentren wertvolle

Informationen und Lernerfahrungen für alle Programmkommunen ableiten ließen.

Den zweiten Vortrag des Tages hielt **Frank Amey**, urban.frame Büro für Stadtplanung, über die Anpassung und Inwertsetzung von Infrastruktureinrichtungen im Kontext der Innenentwicklung. Zunächst verdeutlichte er die Vielschichtigkeit der Betrachtungsebenen von sozialer Infrastruktur sowohl hinsichtlich der Nutzung als auch ihrer ökonomischen, technischen und institutionellen Merkmale. Ziel der Bereitstellung von sozialen Infrastruktureinrichtungen sei es, Wachstum und Innovation zu generieren. Peripherisierte Klein- und Mittelstädte befänden sich jedoch in Situationen der Schrumpfung und des wirtschaftlichen Abschwungs und müssten für die Inwertsetzung sozialer Infrastruktureinrichtungen Strategien zu ihrer Wiederbelebung entwickeln. Dies bedeute, sich auf einen langfristigen Prozess unter Beteiligung vieler Akteure einzulassen.

Als eine mögliche Strategie der Inwertsetzung nannte Frank Amey den Begriff der „Waiting City“. Städte könnten an geeigneter Stelle Leerstand zulassen, um sich Zeit für die Entwicklung einer angemessenen Nutzung



Frank Amey referiert über Anpassungen und Inwertsetzung von Infrastruktureinrichtungen

zu nehmen. Im Zuge der Tendenz zur Aufgabe von Schulstandorten müsse über die sinnvolle Nutzung der zum Teil stadtbildprägenden Schulbauten nachgedacht werden. Bei der Entwicklung von Schulstandorten zeigt sich auch besonders deutlich der eingeschränkte kommunale Handlungsspielraum – bspw. sei die Transportdauer der Schüler nicht beliebig zu verlängern und habe vielerorts bereits seine maximale Grenze erreicht.

Weiter stellte Frank Amey fest, dass die Ursachen der Peripherisierung in Ostdeutschland unter anderem in den Länderzuschnitten von 1990 zu finden seien, wobei ursprünglich zusammenhängende Regionen voneinander getrennt wurden. Eine Regenerierung der peripherisierten Regionen und Städte sei dennoch möglich. Die aktuelle Diskussion zum Thema Peripherie widme sich der Gleichwertigkeit der Lebensverhältnisse, den stadtplanerischen Optionen der Regenerierung von Innenstädten und möglichen Ursachen von fehlenden handlungsfähigen Akteurskonstellationen. Weiterhin sprach Frank Amey den Teufelskreis an, in dem sich einige periphere Regionen befänden. Das gesamte System werde anfälliger, da es auf einer Wachstumserwartung basiere, die nicht mehr überall Gültigkeit habe. Mit einem kommunalen Infrastrukturmanagement könne diesem Teufelskreis begegnet werden. Ein Infrastruktur- oder auch Immobilienmanagement könne vorausschauend auf kommende Nutzungsänderungen bei den sozialen Infrastrukturgebäuden eingehen und einen angemessenen Umgang mit diesen entwickeln. Wichtig sei es, Kenntnisse über die Handlungsmöglichkeiten und die Werte der betreffenden Immobilien zu erhalten, da fehlende Informationen Entscheidungsprozesse häufig verzögerten oder auch blockierten. Er identifizierte vier Typen, für die der Erwerb von ehemals für soziale Infrastruktureinrichtungen genutzten Immobilien in Frage komme. Neben wohlfahrtsstaatlichen und zivilgesellschaftlichen Institutionen seien dies Selbstnutzer, professionelle kommunale Wohnungsunternehmen oder Raumpioniere.

Frank Amey zeigte auf, dass im Umgang mit Bedarfsänderungen ein Lernprozess bei den Kommunen einsetzen müsse. Zudem sei mit den Bedarfsänderungen in der sozialen Infrastruktur eine Normenveränderung bezüglich ihrer Bereitstellung notwendig geworden.

Frank Amey stellte anschließend eine Fallstudie in der Region Südharz-Kyffhäuser vor, die Erfolgsfaktoren der Inwertsetzung von leerstehenden sozialen Infrastruktureinrichtungen ohne Aussicht auf Wiederbelebung ihrer ursprünglichen Nutzung untersucht. Anschließend stellte er ein Objekt-Ranking mittels einer Standortanalysedatenbank vor. Herr Amey betonte, dass die anfallenden Aufgaben die internen Ressourcen vieler Verwaltungen überschritten und in der Folge ein zusätzliches Infrastrukturmanagement benötigt werde. Nutzungskopplungen und eine flexible Herangehensweise sowie das Zulassen von Zwischennutzungen stellten ebenfalls Erfolgsfaktoren für den Umgang mit nicht mehr benötigten sozialen Infrastruktureinrichtungen dar. Auch würden aktive Akteure benötigt, die sich mit „ihren“ Projekten identifizierten und für diese werben. Das Bewusstsein, dass die Probleme des Leerstands groß sind und sogar noch weiter anwachsen würden, sei für die Kommunen der erste Schritt, um dem Problem begegnen zu können. Die Erstellung von Entwicklungskonzepten und -strategien sei laut Frank Amey wichtig, stelle für die Verwaltungen jedoch eine Herausforderung dar.

Den Vorträgen folgte ein Podiumsgespräch mit drei kommunalen Akteuren aus Programmkommunen. Moderiert wurde das Gespräch von Holger Pietschmann von der Bundestransferstelle. **Andreas Grund**, Bürgermeister der Stadt Neustrelitz in Mecklenburg-Vorpommern berichtete, dass Neustrelitz seit zehn Jahren aktiv Innenentwicklung betreibt, aktuell ein Entwicklungskonzept erarbeite und ein Leerstandsmanagement eingerichtet habe. Die Zusammenarbeit der kommunalen Familie, wie Andreas Grund die Kooperationsgemeinschaft bezeichnete, funktioniere gut. Voraussetzungen für eine

positive Kooperation seien ein gemeinsamer Wille zur Zusammenarbeit und gemeinsame Ziele. Eines dieser gemeinsamen Ziele der Region sei die Stärkung der Tourismusfunktion. Für eine positive und zielführende Zusammenarbeit sei es unabdingbar, die vorhandene Konzeption umzusetzen. Als Kernprojekt stellte Andreas Grund das Kulturquartier in Neustrelitz vor, das Museum, Stadtarchiv und Bibliothek in sich vereine und von dem alle beteiligten Kommunen profitieren. Weiter berichtete er, dass der regionale Verbund bereits gut zusammen arbeite, ein Kooperationsmanagement jedoch sinnvoll wäre. Abschließend betonte er die Wichtigkeit der Innenstädte und Ortskerne, für deren Gestaltung angemessene Instrumente und Förderprogramme wie die der Städtebauförderung weiter benötigt würden.

Jürgen Lübbers, Bürgermeister der Samtgemeinde Barnstorf in Niedersachsen, betonte die Notwendigkeit der Bahnanbindung an Bremen und Osnabrück für die Entwicklung und den Erhalt seiner Samtgemeinde. Die Innenentwicklung Barnstorfs rückte nach der Schließung eines Kasernenstandortes und dem folgenden Leerstand in den Fokus. Mit einem Baulückenkataster und dem Verzicht auf die Ausweisung neuer Baufelder konnten in der folgenden Zeit Leerstände und Branchen erfolgreich vermittelt werden. Zur weiteren Förderung der Innenbereiche hat sich die Samtgemeinde Barnstorf in Kooperation mit der Gemeinde Goldenstedt für das Programm „Kleinere Städte und Gemeinden“ beworben. Ein gemeinsamer Workshop diene zunächst der Konzeptfindung der Kooperation. Erleichtert wurde dieser Prozess dadurch, dass die Kooperation der Gemeinden bereits seit längerer Zeit besteht und gemeinsam erfolgreich Projekte umsetzt, wie die touristische Vermarktung des im Gebiet befindlichen Moors mit einem Moor-Marathon. Weitere Bereiche der Zusammenarbeit sind die Abwasserbeseitigung, die Erstellung gemeinsamer Gutachten und die Finanzierung von Abriss. Jürgen Lübbers bestätigte, dass eine unabhängige Moderation den Prozess



Holger Pietschmann, Bürgermeister Jürgen Lübbers, Amtsdirektor Frank Pätzig und Bürgermeister Andreas Grund (v.l.n.r.) im Gespräch

der Zusammenarbeit und die Durchsetzbarkeit von Vorhaben deutlich erleichtere.

Frank Pätzig, Amtsdirektor im Amt Dahme/Mark in Brandenburg berichtete über die gezielte Innenentwicklung und Stärkung der historischen Stadtkerne sowie die Erstellung von Entwicklungskonzepten. Insbesondere in den kleinen Ortsteilen, ehemaligen Dörfern, sei die Entwicklung schwierig. Die dort mittlerweile leer stehenden Wohnblöcke seien heutzutage nicht mehr vermietbar und es bedürfe Konzepte für einen angemessenen Umgang. Aktuell werde in der Kooperation die Koordinierung von Veranstaltungen vorangetrieben und auf Verwaltungsebene z.B. im Bereich des Standesamtes, Ordnungsamtes und Meldeamtes die interkommunale Zusammenarbeit organisiert. Für den Tourismus soll der Fläming-Skate, ein durch die Region führender, asphaltierter Weg zum Skaten, Radfahren und Wandern, zukünftig noch besser gemeinschaftlich vermarktet werden. Ebenfalls betonte Frank Pätzig, dass die externe Begleitung des Programms wichtig und gut für die Zusammenarbeit sei. Die Zusammenarbeit der Landesministerien und die Verknüpfungsmöglichkeiten mit den Förderinstrumenten der EU (LEADER und ELER) seien aus Sicht der Kooperation noch ausbaufähig.

In der folgenden Kaffeepause hatten die Teilnehmerinnen und Teilnehmer die Möglichkeit sich in einer Posterausstellung über verschiedene Kooperationsgemeinschaften mit dem Schwerpunkt der Innenentwicklung zu informieren und ins Gespräch zu kommen.

Im Anschluss lud die Bundestransferstelle dazu ein, sich im Rahmen eines Themenmarktes in kleinen Diskussionsrunden zur Innenentwicklung und Infrastrukturanpassung auszutauschen. Geleitet wurden die Gespräche in fünf Themenrunden von Vertretern der Bundestransferstelle, des BMVBS und des BBSR. Die Teilnehmer konnten sich in vier Runden à 20 Minuten zu einem Thema austauschen und dann die Tische wechseln, wodurch interessante Diskussionen in immer neuen Konstellationen entstanden.

In der Themenrunde **„Konzentration von Infrastrukturen und ihre Erreichbarkeit“** wurde darüber diskutiert, welchen Nutzen eine räumliche Konzentration von Infrastrukturen mit sich bringe und inwiefern das Städtebauförderprogramm „Kleinere Städte und Gemeinden“ einen solchen Ansatz unterstütze. Es wurde festgehalten, dass Konzentrationen von Infrastrukturen den Standort der Gemeinde bzw. der Stadt attraktivierten, die Vielfalt der Daseinsvorsorge sicherten und vorhandene Infrastrukturen besser auslasten könnten (z.B. eine Schulsporthalle, die nachmittags auch für Sportvereine zur Verfügung



Die Themenrunde „Konzentration von Infrastrukturen und ihre Erreichbarkeit“

steht). Die Konzentration von Infrastrukturen und Schwerpunktsetzung von Entwicklungen solle jedoch immer im Zusammenhang mit Erreichbarkeit gedacht werden. Um den Erfolg eines Konzentrationsprozesses zu gewährleisten, sollte ein Management zur Begleitung der Entwicklungen herangezogen werden. Generell sei Konzentration ein Weg von vielen, Infrastrukturen neu zu gestalten. Das Programm „Kleinere Städte und Gemeinden“ ermögliche eine neue Kultur der Zusammenarbeit und helfe bei der Umsetzung der anfallenden Aufgaben, wie z.B. der Erstellung von Entwicklungskonzepten. Wichtig sei es, dass die einzelnen Ortsteile und Kommunen und die beteiligten Akteure vor Ort an einem Strang zögen. Abschließend wurde betont, dass die Konzentration von Infrastrukturen auf abgestimmten Konzepten basieren müsse.

Die Gruppe **„Leerstandsmanagement“** einigte sich zunächst auf ein gemeinsames Verständnis des Begriffs Leerstandsmanagement, seine Bezüge bspw. zum Einzelhandel und zum Wohnen und an wen sich Leerstandsmanagement richte (z. B. an die Kommunen als Grundlage für ihre Entwicklungspolitik, an Gewerbetreibende oder an Wohnungsbaugesellschaften). Neben der Erhebung des Leerstandes in den Stadt- und Ortskernen wurde die Betrachtung von Einfamilienhausgebieten der 1950er bis 70er Jahre angeregt. Hier sei in vielen kleineren Städte und Gemeinden zukünftig mit zunehmendem Leerstand zu rechnen. Die Diskutanten stellten fest, dass der Mehrwert des Leerstandsmanagements darin liege, dass Leerstand sichtbar gemacht werde und das Handlungserfordernis aufzeige. Ebenfalls wurden Erfolge in der Vermittlung neuer Nutzungen durch das Management berichtet. Diskutiert wurde, dass bei der Verwendung und insbesondere öffentlichkeitswirksamen Visualisierung der erhobenen Daten der Datenschutz zu berücksichtigen sei. Hinsichtlich der Veröffentlichung der Daten wurde hinterfragt, ob dadurch negative Entwicklungen in Quartieren verstärkt würden. Evtl. blieben Investitionen aus, wenn bekannt sei, dass

im Umfeld mit zunehmenden Leerstand zu rechnen ist. Es wurde darauf hingewiesen, dass die Datenerhebung und -pflege für das Leerstandsmonitoring angesichts knapper finanzieller und personeller Ressourcen für die Kommunalverwaltungen eine mitunter schwer zu erfüllende Aufgabe sei. Als eine Möglichkeit, die Verwaltung zu entlasten, wurde die Übertragung des Leerstandsmonitorings an das Kooperationsmanagement angeführt. Dabei müsste aber der Datenschutz gewährt sein und sichergestellt werden, dass das Leerstandsmonitoring so aufgebaut sei, dass die Kommune es auch eigenständig fortzuschreiben könne. Angeregt wurden ein Erfahrungsaustausch und die Dokumentation gelungener Beispiele des Leerstandsmanagements. Die Inwertsetzung der Immobilien als Sache der privaten Eigentümer wurde als ein Problem genannt, da die Kommunen mit der Städtebauförderung oftmals keine privaten Eigentümer fördern würden. Auch die unterschiedlichen Eigentümerstrukturen und Akteurskonstellationen in Ost- und Westdeutschland, mit oftmals Wohnungsbaugesellschaften auf der einen und einer Vielzahl Privateigentümer auf der anderen Seite wurden beleuchtet, was die Ausrichtung eines Leerstandsmonitorings und die daraus resultierenden Handlungsoptionen beeinflussen würde. Ebenfalls wurde angesprochen, dass es sinnvoll wäre, im Programm „Kleinere Städte und Gemeinden“ eine Abrissförderung auf der Grundlage eines Leerstandsmanagements zu ermöglichen.

Die Themenrunde „**Instrumente der Innenentwicklung**“ erörterte verschiedene Instrumente zur Innenentwicklung. Neben dem Leerstandsmanagement wurde auch die Beschaffung, Erhebung und Pflege von Grundlagendaten angesprochen, die jedoch vor allem finanzielle und personelle Kapazitäten binde. Festgehalten wurde, dass Innenentwicklung nicht vom Größenmaßstab einer Kommune abhängig sei. Bei den weichen Instrumenten der Innenentwicklung (wie z. B. Leerstandsmanagement) stellte sich vor allem die Frage der Umsetzung. Die politische und finanzielle Durchsetzbarkeit von Projekten sei oftmals ein Problem. Die harten Instrumente nach Städtebaurecht waren in den Kommunen bekannt. Als problematisch wurde aber ihr Einsatz angesehen. Die Diskussion brachte das Erfordernis von Weiterbildungen in diesem Bereich zu Tage. Der Einsatz von Bauleitplänen und Einzelhandelskonzepten stellte sich als anerkannte Praxis heraus. Weiter diskutierte die Themengruppe, dass eines der Probleme in den Ortskernen der Leerstand sei und dieser alle Immobiliensegmente betreffe. Besonders der Wohnungsleerstand sei schwer identifizierbar und nur schwer zu steuern. Gewerbeleerstand hingegen sei wesentlich offener zu erkennen. Ein Leerstandsmanagement könne hier Prozesse erleichtern. Abschließend wurde festgehalten, dass die kommunale Zusammenarbeit und eine aktive interkommunale Flächenabstimmung für die Innenentwicklung einen wichtigen Beitrag leisteten.



Die Themenrunde „Instrumente der Innenentwicklung“



Die Themenrunde „Soziale Infrastruktur/Optimierung von Infrastrukturen“

Beim Thema **„Soziale Infrastruktur/Optimierung von Infrastrukturen“** wurde insbesondere über die Bündelung von Infrastruktureinrichtungen gesprochen. Ebenfalls wurde diskutiert, was in Kommunen und Ländern unter Daseinsvorsorge verstanden wird und um welche Infrastrukturen es sich handelt. Schule, Kindertagesstätten, Bibliotheken und Tagespflege wurden genannt und das Thema altengerechtes Wohnen angeschnitten. Bei der Optimierung von Infrastrukturen wurde über die entstehenden Synergieeffekte aus dem Einsparen von Energiekosten und der Entwicklung von Ortskernen diskutiert. Nutzungskonflikte können jedoch bei einer Konzentration von sozialen Infrastrukturen auftreten, z. B. da Kitas und Schulen unterschiedliche Anforderungen an Standort und Nutzungsstruktur haben. Bereits jetzt sollten mögliche Nachnutzungen und die Aufenthaltsqualität sozialer Infrastrukturen mitgedacht werden, so könnten sich beispielsweise für Verwaltungen genutzte Gebäude in Wohnraum umgestalten lassen. Aber auch Abriss müsse möglich sein. Folgekosten sollten frühzeitig bedacht und auf breiter Ebene berechnet werden. Weiterhin wurde ein kommunales Infrastrukturmanagement als wichtige Aufgabe des Kooperationsmanagements benannt. Im Bereich der Öffentlichkeitsarbeit ist eine frühzeitige Aufnahme von Gesprächen und eine hohe Transparenz der Umgestaltungsprozesse für die Bevölkerung wichtig. Sie führt dazu, dass das Verständnis für notwendige Anpassungen häufig größer sei als bei den verantwortlichen Akteuren befürchtet würde. Als Wünsche für die Zukunft an das Förderprogramm **„Kleinere Städte und Gemeinden“** wurden eine Abrissförderung, die Möglichkeit der Förderung eines Kooperationsmanagements in allen Ländern und eine bessere Abstimmung unterschiedlicher Förderansätze genannt.

Die Gruppe zum Thema **„Aktivierung und Öffentlichkeitsarbeit, Partner der Innenentwicklung“** hielt als Voraussetzung für die erfolgreiche Umsetzung die Notwendigkeit einer gezielten Kommunikation nach Innen



Die Themenrunde „Aktivierung und Öffentlichkeitsarbeit“

und Außen fest. Beteiligung, Aktivierung und Öffentlichkeitsarbeit haben einen hohen Stellenwert für die Umsetzung von Maßnahmen im Programm. So müssen Bürgermeister und Programmverantwortliche eine Grundlage für die Kooperation schaffen, um Bürger, Akteure und Verwaltung in die Themen und Projekte einzubeziehen. Ebenso müsse durch die Präsentation von Ergebnissen Vertrauen geschaffen werden. Wesentliche Basis für das Verständnis aller Beteiligten sei ein Bewusstsein für die gemeinsame Problemlage und den Handlungsdruck. Für die Bevölkerung sollte die Daseinsvorsorge auf konkrete Projekte herunter gebrochen werden, um deren Verständlichkeit zu erhöhen. Die Aktivierung von Partnern in der Verwaltung, bei den Trägern sozialer Infrastruktureinrichtungen, privaten Akteuren, der Wohnungswirtschaft und den Nutzern und Betreibern von Infrastrukturen sei wichtig. Es müsse aktiv auf die Partner zugegangen werden, im Gegenzug könne aber auch Engagement eingefordert werden. Neben den vorhandenen Problemlagen müssten vor allem die Erfolge kommuniziert und die Bevölkerung angemessen informiert werden. Als Medium wurde hierfür unter anderem die lokale Presse angesprochen, um Vertrauen durch sichtbare Ergebnisse zu schaffen. Auch die Rolle des Kooperationsmanagements wurde diskutiert. Dieses müsse unabhängig sein, eine Grundlage für Kommunikation schaffen und die relevanten Partner identifizieren. Das Förderprogramm

„Kleinere Städte und Gemeinde“ müsse hier unterstützend wirken. Eine weitere große Herausforderung sei die Verstärkung der Beteiligung, wobei sich die Frage stellt, wie Akteure im langen Prozess der Maßnahmenumsetzung gehalten werden könnten. Eine Möglichkeit sei es, Anlässe für Beteiligung und eine ständige Plattform zur Kommunikation zu schaffen.

Die Diskussion der Ergebnisse aus den Themenrunden ging über in eine offene Diskussionsrunde zu Fragen der Programmumsetzung. Zunächst wurde noch einmal unterstrichen, dass aus dem Themenmarkt der Wunsch an das Programm gerichtet wurde, grundsätzlich ein Kooperationsmanagement zu ermöglichen und die Bündelung von Fördermitteln zu erleichtern. Aus den Reihen der Teilnehmerinnen und Teilnehmer wurde festgestellt, dass das Programm in seinen Zielen häufig moderner sei als die zugrundeliegenden Städtebauförderrichtlinien. Jedoch ließe sich auch ein Wandel bei den Ländern erkennen. In Niedersachsen konnten z.B. zunächst nur Konzepte im Rahmen des Programms „Kleinere Städte und Gemeinden“ gefördert werden, inzwischen fördert das Land auch investive Maßnahmen. Positiv be-

merkt wurde, dass auf der Transferwerkstatt die unterschiedlichen Erfahrungen aus den verschiedenen Bundesländern zusammenfließen. Auch die Länderspezifika innerhalb des Programms wurden deutlich, so kann in Mecklenburg-Vorpommern und Niedersachsen z. B. kein Kooperationsmanagement gefördert werden.

Angesprochen wurde auch, wie mit der räumlichen Abgrenzung und Festlegung von Fördergebieten umzugehen sei. Hier ließen sich wiederum auf Länderebene Unterschiede erkennen. Festgehalten wurde, dass auf dem Gebiet der Gebietsfestlegungen zunächst noch Erfahrungen zu sammeln sind. Probleme wurden von den Programmkommunen ebenfalls bei dem geforderten Gebietsbezug für überörtliche Maßnahmen angesprochen. Weiterhin wurden die Kombination von Förderansätzen, Erfahrungen mit dauerhaften regionalen Bürgerbeteiligungen und mit Verfügungsfonds andiskutiert.

Bei einem gemeinsamen Abendessen hatten die Teilnehmerinnen und Teilnehmer Gelegenheit, sich untereinander weiter auszutauschen und den ersten Veranstaltungstag gemütlich ausklingen zu lassen.

2. Veranstaltungstag

Der zweite Veranstaltungstag begann mit einer gemeinsamen Rundfahrt durch den Kooperationsraum. Diese führte die Gruppe zunächst zum Bahnhof Jüterbog. **Kira Wenngatz** vom Bauamt der Stadt Jüterbog erläuterte die aktuellen Entwicklungen in der Stadt und berichtete, dass die Altstadt von Jüterbog bereits zu 80% saniert sei. Eines der letzten ausstehenden Vorhaben sei der Ausbau der durch Jüterbog führenden Bundesstraße B102, an deren Rändern die Bebauung zum großen Teil aus Einzeldenkmälern mit einer hohen Leerstandsrate und maroder Bausubstanz bestünde. Der Bahnhof, dessen Vorplatz bereits 1999 neu gestaltet wurde,



Die Teilnehmerinnen und Teilnehmer während des Rundgangs in Dahme/Mark

ist aktuell die wichtigste aus dem Programm „Kleinere Städte und Gemeinden“ geförderte Maßnahme im Kooperationsraum. Der Bahnhof hat ein großräumiges Einzugsgebiet, das auch die Gemeinde Niederer Fläming und das Amt Dahme/Mark mit einbezieht und das Problem unzureichender Parkmöglichkeiten erklärt. Auf dem Parkplatz sollen neben rund 140 Parkplätzen auch Fahrradparkplätze eingerichtet und eine Toilettenanlage realisiert werden.

Das im Programm entwickelte Mobilitätskonzept sieht die Anbindung des Bahnhofs an die Altstadt von Jüterbog mit dem ÖPNV vor. Ende des Jahres soll dazu eine von drei erarbeiteten Anbindungsvarianten für einen Zeitraum von sechs Monaten getestet werden. Ebenfalls soll der Anschluss der einzelnen im Kooperationsraum befindlichen Ortsteile verbessert werden.

Eine weitere Station der Rundfahrt war der Ortsteil Werbing in der Gemeinde Niederer Fläming. Hier wurde der geplante „Campus der Generationen“ durch **Kathrin Bruckbauer**, Bruckbauer & Hennen GmbH, vorgestellt. In der ehemals für bis zu 600 Schülerin-



Daniel Fühner stellt die REGIONALE 2013 in Südwestfalen vor

nen und Schüler ausgelegten Schule des Typs „Erfurt“ lernen heute noch rund 100 Schülerinnen und Schüler in der Grundschule Niederer Fläming. Der Standort hat eine hohe Bedeutung für die Region und soll somit erhalten werden. Um dies zu erreichen, sollen unterschiedliche Funktionen in dem Gebäude gebündelt werden. Die derzeit im vorderen Teil befindliche Grundschule soll in einem rückwertig gelegenen, zu dem Komplex gehörenden Würfel ziehen. Im vorderen Teil des Gebäudes sollen dann Teile der Gemeindeverwaltung, eine Kindertagesstätte, Arztpraxen, eine Tagespflege, Vereinsräume, Computerräume, eine Musikschule, Probenräume für einen Chor und eine Familienberatungsstelle einziehen. Zu dem Komplex gehört ebenfalls eine bereits sanierte Turnhalle, die auch durch Vereine genutzt wird. Aktuell wird die Außenhülle der Mensa mit Mitteln aus dem Förderprogramm „Kleinere Städte und Gemeinden“ saniert, der Innenausbau erfolgt mit Fördermitteln aus ILE und LEADER. Die fertiggestellte Mensa soll nicht nur den Schülerinnen und Schülern zur Verfügung stehen, sondern auch den Menschen vor Ort und den Nutzern des Campus der Generationen. Ebenfalls ist die Erweiterung der Essensausgabe um einen Lieferdienst geplant. In der Außenanlage wird unter anderem ein Schulgarten geschaffen. Die öffentliche Anbindung der Schule erfolgt derzeit nur über den Schülerverkehr, hier werden Anpassungen im Rahmen des Mobilitätskonzeptes vorgenommen.

Die Rundfahrt durch den Kooperationsraum endete in Dahme/Mark an der Kulturherberge, wo die Vorträge des zweiten Veranstaltungstages stattfanden. **Daniel Fühner**, Projektmanager der Südwestfalen Agentur, stellte die Regionale 2013 Südwestfalen unter dem Titel „Kleinere Städte und Gemeinden – Besser Leben in Südwestfalen“ vor. Südwestfalen liegt im Bundesland Nordrhein-Westfalen und umfasst 59 Städte und Gemeinden in fünf Kreisen auf einer Fläche von 6.200 km², mit ca. 1,45 Millionen Einwohnern. Die Bevölkerungsentwicklung verlief für die meisten Gemeinden seit dem Jahr 2000 negativ. Pro-

blematisch für die Region ist, dass junge, gut ausgebildete Menschen nach ihrer Ausbildung nicht in die Region zurück kehren, was unter anderem zu einem Fachkräftemangel führt. Ein weiteres Problem ist die Eigenwahrnehmung, die die Bevölkerung vor Ort von ihrer Region hat. Die Projekte der Regionale 2013 konzentrieren sich auf den Bereich Wissen und Wirtschaft und die städtebauliche Aufwertung in der Region. Insgesamt sollen 50 Projekte umgesetzt werden, wovon 30 bereits jetzt umsetzungsfähig sind. Daniel Fühner gab einen kurzen Einblick in einzelne Projekte und stellte die LenneSchiene als ein Projekt der Regionale 2013 vor. Hier werden mehrere Maßnahmen im Rahmen des Programms „Kleinere Städte und Gemeinden“ entlang des Flusses Lenne gefördert. Die Projekte zielen darauf, die Stadt- und Ortskerne zum Fluss hin zu öffnen und diesen für die Bevölkerung und auch die Touristen erlebbar zu machen. Daniel Fühner betonte in seinem Vortrag die Bedeutung der Beteiligung der einzelnen Akteure. So wurden beispielsweise zu Beginn die Stadträte zu einer gemeinsamen Veranstaltung eingeladen und es wurde mit Projektverantwortlichen aus Verwaltung und Politik eine Radtour durch den Kooperationsraum organisiert. Auch bei kleineren Maßnahmen wird die Öffentlichkeit im Rahmen von Veranstaltungen informiert und beteiligt. Ein für die LenneSchiene entwickeltes Corporate Design und ein Internetauftritt unterstützen bei der Bekanntmachung der Themen und Maßnahmen.

Im abschließenden Vortrag berichtete **Martin Karsten**, Planungsbüro FORUM – Huebner, Karsten und Partner, von Erfahrungen mit dem bayrischen Modellvorhaben „Ort schafft Mitte“ und dem Städtebauförderprogramm Stadtumbau West. Anhand von drei Gemeinden veranschaulichte Martin Karsten die Möglichkeiten, Innenentwicklung vor Außenentwicklung in kleinen Städten und Gemeinden umzusetzen. Er erläuterte, dass für eine erfolgreiche Umsetzung von Maßnahmen der Innenentwicklung Bewusstsein, Beharrung und Mut einen ebenso hohen Stellenwert einnehmen wie struktu-

relle Rahmenbedingungen. Er verdeutlichte, dass diese Eigenschaften Voraussetzung für die nachhaltige Entwicklung seien. So konnte die Gemeinde Freyung in Niederbayern mit knapp 7.000 Einwohnern, in den letzten Monaten verschiedene städtebauliche Missstände und Leerstände im Ortskern beheben/beseitigen. Voraussetzung für die Projekte war es, innerhalb des Ortes mit einem klaren Fokus auf Innenentwicklung, einem Flächenmanagement und einem Bürgermeister, der volles Vertrauen in den Standort setzt, Bewusstsein für die Problematik zu schaffen. Die ersten Initiativen zur Weiterentwicklung der Innenstadt begannen im Jahr 2007. Fünf Jahre später wurde das Entwicklungskonzept Innenstadt fertig gestellt. Obwohl keine schnellen Erfolge zu erzielen waren, wurde das Innenstadtnetzwerk gefördert und eine Bewerbung für das bayerische Förderprogramm „Ort schafft Mitte“ erfolgreich auf den Weg gebracht. Einen wichtigen Beitrag zum Erfolg lieferten auch sehr detaillierte Analysen zu Stärken und Schwächen im Bau- und Freiraum im Rahmen des Entwicklungskonzeptes. Gemeinsam mit den Bürgerinnen und Bürgern konnte ein Finanzierungsmodell entwickelt werden, woraus erste Projekte finanziert wurden. Auch konnte ein Investor für die Entwicklung eines Kinos mit fünf Sälen in der Ortsmitte gewonnen werden.

Als zweites Beispiel stellte Martin Karsten die Gemeinde Blaibach (ca. 2.000 Einwohner) vor. Hier konnte ein weitgehend leer stehender Ortskern unter dem Motto „Baukultur als Standortfaktor“ wiederbelebt werden. Ausschlaggebende Faktoren für die Umsetzbarkeit der Projekte waren ein großes Bürgerengagement, die Fähigkeit, anfängliche Ideen zu verwerfen und neue Ideen entstehen zu lassen sowie die Möglichkeit, durch harte Verhandlungen einen Betreiber für das geplante Konzerthaus zu gewinnen. Ein Bürgerhaus mit einer modernen Betonarchitektur wurde realisiert. Dem betreibenden Künstler wurde in der Umsetzung Freiraum zur Gestaltung des Konzert- und Musikhauses gelassen.

Als drittes Beispiel führte Herr Karsten die Stadt Altena im Märkischen Kreis in Nordrhein-Westfalen mit knapp 18.000 Einwohnern auf. Die industriell geprägte, stark schrumpfende Stadt hat mit einem städtebaulichen Entwicklungskonzept im Jahr 2007 die Chance ergriffen, den Tourismus in der Gemeinde zu stärken und vorhandenes bürgerschaftliches Engagement zu nutzen. Durch die Bündelung verschiedener Förderansätze konnten diverse Projekte mit dem Städtebauförderungsprogramm Stadtbau West finanziert werden, die zum einen die Gemeinde zum Fluss Lenne hin öffneten und die Aufenthaltsqualität in diesem Bereich deutlich verbesserten. Zum anderen wird die auf einem Berg liegende Burg Altena (als Museum und Jugendherberge genutzt) der Stadt, bislang aus der Innenstadt nur fußläufig erreichbar, ab Frühjahr 2014 über einen Fahrstuhl durch den Berg angebunden werden. Ein beharrlicher Einsatz der Verwaltungsspitze und eine kontinuierliche Einbindung der Bürgerinnen und Bürger haben die Projekte ermöglicht und für Verständnis innerhalb der Stadt gesorgt. Somit wurde auch das Großprojekt des Burgaufzugs ermöglicht.

Holger Pietschmann von der Bundestransferstelle bedankte sich im Anschluss bei allen Teilnehmerinnen und Teilnehmern für die Veranstaltung mit interessanten Vorträgen und bereichernden Diskussionen. **Dr. Stefan Marezke**, Bundesinstitut für Bau-, Stadt- und Raumforschung (BBSR), lobte in seinem Schlusswort den Erfolg der Veranstaltung und dankte den Referenten, den gastgebenden Kommunen Jüterbog und Dahme/Mark sowie allen weiteren Teilnehmerinnen und Teilnehmern. Er betonte den Stellenwert des Austausches der Programmkommunen untereinander. Mit den Transferwerkstätten könne das Programm „Kleinere Städte und Gemeinden“ aktiv gestaltet werden, durch Diskussion, Fragen und Anregungen seitens der Programmkommunen, den programmbegleitenden Büros, den Vertretern der Länder und aus der Wissenschaft. Das Spektrum der Herausforderungen, denen sich die Pro-



Die Teilnehmerinnen und Teilnehmer in der Kulturherberge in Dahme/Mark

grammkommunen stellen, sei groß und könne im Rahmen einer Transferwerkstatt zielführend bearbeitet werden.

Den Vorträgen in der Kulturherberge schloss sich ein Rundgang durch die Programmkommune Dahme/Mark an, geführt von Amtsdirektor **Frank Pätzig**. Hier konnte unter anderem das historische Rathaus, der Viktoriastift im Mehrgenerationenpark, in dessen denkmalgeschützten Bauten sich heute ein Begegnungszentrum und ein Integrationskindergarten befinden sowie die alte Schlossruine, die heute ein beliebter Veranstaltungsort ist, besichtigt werden. Der Spaziergang führte in großen Teilen entlang der alten Stadtmauer auf einem barrierefrei ausgebauten Weg, der einen Teil des Fläming-Skate-Rundweges darstellt. Die letzte Station des Rundganges war ein ehemaliges, heute leer stehendes Supermarktgebäude am Rande der Innenstadt. Als eine Maßnahme im Programm „Kleinere Städte und Gemeinden“ soll hier durch einen Umbau ein neuer Standort für die Feuerwache entstehen. Von dort aus fuhren die Teilnehmerinnen und Teilnehmer mit dem Bus zurück nach Jüterbog, wo die Veranstaltung endete. Die nächste Transferwerkstatt ist für den Herbst 2013 geplant.

Kontakt

Katharina Janke
Christian Kloss
Holger Pietschmann
Henning Rohwedder

Fon 030 – 60031521
Fax 030 – 60031522

transferstelle-ksg@planundpraxis.de
www.staedtebaufoerderung.info
www.planundpraxis.de

Bundestransferstelle
Kleinere Städte und Gemeinden
c/o Plan und Praxis GbR
Manteuffelstr. 111
10997 Berlin

Alle Abbildungen: Plan und Praxis

Hinweise zu Literatur und Links

Internetportal zum Städtebauförderprogramm Kleinere Städte und Gemeinden
www.bbsr.bund.de/StBauF/DE/StaedteGemeinden/staedteGemeinden__node.html?__nnn=true

Gute-Praxis-Beispiele der Programmumsetzung im Programm Kleinere Städte und Gemeinden
www.staedtebaufoerderung.info/StBauF/DE/StaedteGemeinden/Praxis/praxis__node.html?__nnn=true

Programmstrategie „Kleinere Städte und Gemeinden - überörtliche Zusammenarbeit und Netzwerke“
Hrsg.: BMVBS, Berlin 2013
www.staedtebaufoerderung.info/SharedDocs/Publikationen/StBauF/KleinereStaedte/Programmstrategie,templateId=raw,property=publicationFile.pdf/Programmstrategie.pdf

„Region schafft Zukunft - Ländliche Infrastruktur aktiv gestalten“
Hrsg.: BMVBS, Berlin 2012
www.bbsr.bund.de/BBSR/DE/Veroeffentlichungen/BMVBS/Sonderveroeffentlichungen/2012/RegionSchafftZukunft.html

„Regionalstrategie Daseinsvorsorge - Denkanstöße für die Praxis“
Hrsg.: BMVBS/BBSR, Berlin, April 2011
www.bbsr.bund.de/BBSR/DE/Veroeffentlichungen/BMVBS/Sonderveroeffentlichungen/2011/RegionalstrategieDaseinsvorsorge.html